

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verichtsstand für beide Teile
in Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 25

Dienstag, den 1. Februar 1927.

101. Jahrgang

Die Regierungsbildung beendet.

Ernennung des Innen- und Justizministers.

II. Berlin, 1. Febr. Amtlich wird bekanntgegeben:
Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichs-
kanzlers den Staatsminister a. D. Dr. Hergt, M. d. R., zum
Justizminister und Stellvertreter des Reichskanzlers und den
Landrat a. D. Dr. von Reudell, M. d. R., zum Reichs-
minister des Innern ernannt.

Die letzten Verhandlungen.

Die Deutschnationalen haben sich gestern dem Einspruch gegen
die von ihnen aufgestellten Minister gefügt und in langer Ueber-
legung einen Ausweg gefunden, der ihnen ein Nachgeben ohne
Prezedenzverlust ermöglichte. Der Fraktionsvorsitzende der Deutschna-
tionalen hat am Montag mehrere Stunden gebagt, ebenso-
lange abermals die Fraktion. Inzwischen waren die beiden Kan-
didaten Graef und Hergt beim Reichspräsidenten. Der Aus-
weg, der schließlich gefunden wurde, war der, daß beide Herren
auf das ihnen angetragene Portefeuille verzichteten und dem
Reichspräsidenten gegenüber diesen Verzicht persönlich zum
Ausdruck brachten. Herr v. Hindenburg hat ihnen seinen Dank
und seine Anerkennung ausgesprochen, hat sie aber im Anschluß
daran noch gebeten, sich mit der gleichen Opferwilligkeit zur
Verfügung zu stellen, wenn er trotz ihres Verzichtes genötigt
sei, auf einen von ihnen zurückzugreifen. Damit war eigentlich
schon die Taktik stark angedeutet, mit der man aus den Schwie-
rigkeiten herauskommen wollte und die auch nachher die deutschna-
tionale Fraktion übernommen hat.

Die Deutschnationalen haben neben den bisherigen beiden
Kandidaten, an denen sie festhielten, noch ihr Fraktionsmitglied
von Reudell genannt, so daß also gewissermaßen der Reichs-
präsident jetzt drei Persönlichkeiten für zwei Ämter zur Aus-
wahl hatte. Er hat darauf Herrn v. Reudell zum Reichsminister
des Innern und Herrn Hergt zum Reichsjustizminister ernannt,
während Herr Graef wie bisher Vizepräsident des Reichstags
bleibt.

Der neue Reichsinnenminister.

Dr. h. c. Walter von Reudell, Rittergutsbesitzer auf Hohen-
lütbbichow, Kreis Königsberg (Neumark), ist vom Wahlkreis 5

in den Reichstag gewählt worden. Er wurde am 17. Juli 1884
in Castellamara di Stabia geboren. Nach praktischer landwirt-
schaftlicher Tätigkeit studierte er in Königsberg, München und
Halle. 1916 bis 1920 war er Landrat des kleinen Kreises Kö-
nigsberg (Neumark), von 1918 bis 1923 Kreishauptmann des
Oberkreises. 1923 wurde er Dr. h. c. der Forstakademie Ebers-
walde. Dem Reichstag gehörte er seit der zweiten Wahlperiode
1924 an.

Dr. Köhlers Abschied von Karlsruhe.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler verabschiedet sich von der
Karlsruher Presse.

II. Karlsruhe, 1. Febr. Gestern nachmittag verabschiedete
sich der neu ernannte Reichsfinanzminister Dr. Köhler mit einer
längeren Ansprache von der Karlsruher Presse. Zu seiner neuen
Tätigkeit als Reichsminister bemerkte Dr. Köhler hierbei, daß
er nach der eingehenden Aussprache mit dem Reichskanzler Dr.
Marx die Gewissheit habe, im Rahmen seiner bisherigen Politik
auch in Berlin arbeiten zu können. Seinem politischen, sozialen
und kulturellen Programm, das seine letzte Neujahrsrede offen-
bart habe, werde er auch in der Reichsregierung treu bleiben.
Er stehe nach wie vor fest auf dem Boden der Verfassung von
Weimar. Das arme nothleidende Volk aller Schichten solle auch
in ihm als Reichsfinanzminister seinen Fürsprecher haben. So,
wie er auch in Baden keine fiskalische Finanzpolitik getrieben
habe, werde er auch keine Reichsfinanzpolitik in den Rahmen der
gesamten Wirtschaft und der sozialen und kulturellen Entwic-
kung stellen.

Die neuen badischen Minister.

II. Karlsruhe, 1. Febr. Der Vertrauensmännerausschuß
der badischen Zentrumsfraktion hat gestern einstimmig beschlos-
sen, den bisherigen Ministerialdirektor im Kultusministerium,
Dr. Franz Josef Schmidt, als badischen Finanzminister vorzu-
schlagen. Am Donnerstag nachmittag wird das Präsidium des
badischen Landtags die Wahl des Finanzministers vornehmen.
In politischen Kreisen erwartet man, daß der bisherige Justiz-
minister Dr. Trunk zum badischen Staatspräsidenten gewählt
werden wird.

Vor dem Abschluß der Restpunktverhandlungen.

Heute Entscheidung der Botschafterkonferenz?

II. Paris, 1. Febr. Im Anschluß an die gestrige Sitzung
des Interalliierten Militärkomitees wird von amtlicher fran-
zösischer Seite darauf hingewiesen, daß, wenn der Dienstag die
erwartete Einigung mit sich bringen sollte, hiermit die Militär-
kontrolle über die deutsche Entwaffnung noch nicht restlos ver-
schwindet, da die militärischen Sachverständigen, die den inter-
alliierten Botschaften in Berlin zugestellt sind, Auftrag erhalten
würden nachzuprüfen, ob die letzten Beschlüsse der Botschafter-
konferenz tatsächlich von der Reichsregierung durchgeführt wer-
den. Falls sie Verfehlungen feststellen sollten, wird der Völker-
bundsrat über diese unterrichtet werden und durch seine Investi-
gationskommission eine Nachprüfung der Verfehlungen vorneh-
men.

Von der deutschen Botschaft ist am gestrigen Abend folgen-
des Communiqué ausgegeben worden:

„General von Pawels, Geheimrat Forster und Hauptmann
Dreberg haben Montag nachmittag von 5-8 Uhr mit dem inter-
alliierten Militärkomitee unter dem Vorsitz von General
Foch verhandelt. Die Verhandlungen haben zu einer Klärung
der Situation geführt. Die Botschafterkonferenz wird Diens-
tag vormittag um 11 Uhr zusammentreten und ihre Entschlei-
dung fällen.“

Wie die Delunion zu der in Aussicht genommenen Einigung
über die Restpunkte der Entwaffnungsfrage erfährt, ist vorge-
sehen, daß begünstigt des Kriegsmaterials der Reichstag ein
neues Gesetz schaffen muß, das den inneren deutschen Bedürf-
nissen für die Erzeugung von Kriegsmaterial Rechnung tragen
soll. Die Aufstapelung von Kriegsmaterial zu Ausfuhrzwecken
soll dagegen unterbunden bleiben. Ueber die Befestigungsanlagen
kann gesagt werden, daß im allgemeinen das Prinzip verfolgt
wurde, alle seit dem Jahre 1920 geschaffenen Neuanlagen zu
zerstören, doch läßt das Versailler Militärkomitee verschiedene
Durchbrechungen dieses Prinzips zu, über die die Botschafter-
konferenz heute die endgültige Entscheidung fällen wird.

Das Interalliierte Militärkomitee verlegt sich auf heute
vormittag.

Das Interalliierte Militärkomitee verlegte sich gestern abend
um 8.15 Uhr auf heute vormittag 9 Uhr. Eine Entscheidung

des Militärkomitees ist noch nicht getroffen, doch erwartet man
sie in eingeweihten Kreisen für die heutige Vormittagsitzung.

Kabinettsitzung über die Restpunkte

II. Berlin, 1. Febr. Amtlich wird gemeldet: Das Reichs-
kabinet trat unter Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung
zusammen, in welcher im Hinblick auf die zu treffende Entschlei-
dung der Botschafterkonferenz die Frage der Pariser Verhand-
lungen über die Offestungen beraten wurde. Das Kabinet ge-
nehmigte auf Grund der Vorträge der beteiligten beiden Res-
ortminister die an General von Pawels zu richtende Instruk-
tion.

Die neu ernannten Minister, welche die Geschäfte noch nicht
übernommen hatten, nahmen an der Sitzung nicht teil.

Wie die Delunion ergänzend erfährt, galt die erste Kabi-
nettsitzung der neuen Regierung in erster Linie der Konstitu-
tionierung. Des weiteren beschäftigte sich das Kabinet mit der
Entwaffnungsfrage und zwar lediglich mit der Frage der Ost-
befestigungen, während die der Kriegseräteausfuhr bereits er-
ledigt ist. Das Kabinet wird zu den von der Gegenseite noch
vorliegenden Vorschlägen Stellung nehmen. Von der gestrigen
Sitzung wird es abhängen, ob das Kabinet nunmehr die Frage
der Ostbefestigungen als bereinigt ansieht oder ob diese Frage
dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden soll. Unabhän-
gig davon hört jedoch die Berliner Interalliierte Militärkon-
trollkommission auf zu bestehen.

Das Ende der Kontrollkommission.

II. Berlin, 1. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Entsprechend
der in Genf am 12. Dezember v. J. getroffenen Vereinbarung
findet die Tätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommis-
sion am 31. Januar ihr Ende. Demgemäß werden auch die für
den Verkehr mit dieser Kommission besonders eingerichteten Or-
ganisationen des Reichswehrministeriums aufgelöst.

Auflösung der Heeres- und Marinefriedenskommission.

Wie verlautet, werden mit der Beendigung der Inter-
alliierten Militärkontrollkommission auch die Heeres- und die Marine-
friedenskommission aufgelöst werden, wobei allerdings einige
Dienststellen im Dienst des General von Pawels beibehalten
werden sollen.

Tages-Spiegel.

Der Reichspräsident hat Herrn von Reudell zum Innenminister
und Herrn Hergt zum Justizminister ernannt.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat in einer Ab-
schiebsrede an die Karlsruher Presse betont, daß er seine
bisher vertretene Wirtschaftspolitik auf sozialer Grundlage in
Berlin fortsetzen werde.

Die Pariser Verhandlungen über die Fragen der Offestungen
sind bisher noch nicht zu einem Abschluß gelangt.

Das neue Reichskabinet hat sich gestern in seiner ersten Sitzung
mit den Restpunktfragen befaßt.

Das Reichsfinanzministerium hat zu dem Haager Schiedspruch
im 9-Milliarden-Streit Stellung genommen.

Der Finanzausschuß des amerikanischen Senats hat einen Ab-
änderungsantrag zum Freigabegesetz zugestimmt, durch den
statt 20 v. H. 40 v. H. des Eigentums zur Regelung der An-
sprüche amerikanischer gegen deutsche Staatsbürger zurück-
gehalten werden.

Die Peking Regierung protestierte gegen die englischen Trup-
penversendungen nach Szechuan.

Das Reichsfinanzministerium zum Haager Schiedspruch.

II. Berlin, 1. Febr. Das Reichsfinanzministerium teilt zu
dem Urteil des Haager Auslegungserichts im 9 Milliarden-
streit mit:

Das Auslegungsschiedsgericht im Haag hat bei der Fällung
seines letzten Schiedspruches geglaubt, mit jeder Prüfung über
den Wortlaut des Sachverständigengutachtens hinaus seine Zu-
ständigkeit zu überschreiten. Demgemäß hat es auch in der Ein-
leitung seiner Entscheidung ausdrücklich ausgesprochen, daß ei-
wige unerwünschte Folgen eines Spruches hätten unberück-
sichtigt bleiben müssen. Infolgedessen sind auch die starken wirt-
schaftlichen Gründe, die Deutschland neben den Rechtsgründen
aus dem Sachverständigenplan, dem Versailler Vertrag und dem
allgemeinen Völkerrecht, sowohl in seinen Schriftsätzen, wie auch
in dem Plaidoyer seines Vertreters zur Geltung zu bringen ge-
sucht hat, von dem Gericht nicht beachtet worden. Damit muß
sich die unterliegende Partei, so schmerzlich es sein mag, ab-
finden. In jedem Fall stellt der ergangene Spruch eine schwere
Enttäuschung für die große Zahl der von ihm Betroffenen dar.
Sache der Regierung wird es sein, sorgsam zu prüfen, inwie-
weit eine Milderung dieses für unsere Geschädigten so schweren
Spruches durch Beschränkung des Weges erreicht werden kann,
den das Urteil noch offen läßt, nämlich dadurch, daß die Li-
quidationsverluste des deutschen Vermögens, die nach dem 1. Sep-
tember 1924 Deutschland zugeschrieben worden sind oder werden,
von den Annuitäten abgezogen werden. Der abgezogene Be-
trag würde alsdann für Entschädigungen zur Verfügung der
deutschen Regierung stehen.

Die Rechtslage für die Geschädigten stellt sich zur Zeit, wie
ergänzend mitgeteilt werden kann, wie folgt dar: Deutschland
hat sich im Versailler Vertrag lediglich gegenüber den Allier-
ten und Assoziierten zu Entschädigungen verpflichtet. Die
deutschen Geschädigten haben also aus dem Versailler Vertrag
keinen Verpflichtungsanspruch. Ihre Forderungen wurden nach
geltendem Recht durch die Kriegsschadensverordnung und die
damit erlassenen Nachentschädigungs- und Wiederaufbaudar-
lehens-Richtlinien berücksichtigt. Ob das Reich darüber hinaus
von sich aus weitere Entschädigungen leisten kann, ist eine Frage
finanzieller und grundsätzlicher politischer Bedeutung, mit der
sich erst das neue Kabinet beschäftigen muß. Die auf Grund
der bestehenden Bestimmungen des Reiches bereits geleisteten
Liquidations- und Gewaltentschädigungen betragen unter An-
rechnung der Vorleistungen zur Zeit mehr als 1 Milliarde Mk.

Das Endergebnis der Thüringer Landtagswahlen.

II. Weimar, 1. Febr. Das gestern ausgegebene vorläufige
amtliche Resultat der thüringischen Landtagswahlen hat bei der
Nachprüfung durch den Landeswahlleiter einige Veränderungen
erfahren. Die Änderungen werden eine Verschiebung der von
uns gemeldeten Mandatsverteilung zur Folge haben. An gül-
tigen Stimmen sind abgegeben worden 801 476, die sich wie
folgt verteilen: Einheitsliste 270 526, Wirtschaftspartei 75 500,
Nationalsozialisten 27 918, Deutsch-Völkische 9147, Spärer und
Aufwarter 22 156, Demofanten 25 126, Sozialdemokraten
253 753, Kommunisten 113 470, Kommunistische Arbeitsgemein-
schaft 3880.

Zur außenpolitischen Lage.

Deutschland und die Entente. — Die Gegenfrage in Europa und in der übrigen Welt.

(Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.)

Wenn diese Betrachtungen erscheinen, sind vielleicht schon die beladenen Fragen, die in letzter Zeit zwischen Deutschland und den Alliierten verhandelt wurden, der Abschluß der Entente und die Forderung Deutschlands nach Anrechnung der Entschädigungen der Auslandsdeutschen, denen ihr Vermögen von den ehemals feindlichen Staaten konfisziert worden war, auf die Reparationszahlungen, erledigt. Was die endgültige Regelung der Entschädigungsfrage anbelangt, so scheinen die Schwierigkeiten, die anfangs von englischer Seite bezüglich der deutschen Ausfuhr von sog. Kriegsgeräten gemacht worden waren, beseitigt zu sein, und die Frage der deutschen Offestellungen scheint ebenfalls in das Stadium der sachlichen Erörterungen eingetreten zu sein. In ersterem Falle wollte England die Ausfuhr von deutschen Maschinen und Motoren usw. unterbinden, die eventuell für die Herstellung von Kriegsmaterialien in Betracht kommen, und damit die deutsche Konkurrenz auf diesen Gebieten unterbinden, im zweiten Falle waren Frankreich und Polen bestrebt, die Schleifung bzw. den Verfall der deutschen Offestellungen zu erreichen, indem sie die Bestimmungen des Versailler Diktats, daß diese Festungen in ihrem bisherigen Zustande belassen, also nicht modernisiert werden dürften, dahin auszulagern versuchten, daß auch keine Erhaltungsarbeiten vorgenommen werden dürfen, was natürlich weder mit dem Wortlaut noch mit dem Sinne dieser Bestimmungen zu vereinbaren wäre. Da am 31. Januar die Militärkontrolle der Alliierten beendet, und durch ein Kontrollrecht des Völkerbundes von Fall zu Fall erledigt werden muß, so müssen diese beiden Punkte noch vorher erledigt werden. Nach den Meldungen der letzten Tage aus Paris scheint man bis zu diesem Zeitpunkte eine Einigung in sichere Aussicht zu nehmen.

Was die Forderung Deutschlands nach Anrechnung der Entschädigung der Auslandsdeutschen auf die Daweszahlungen anbelangt, so soll die Entscheidung darüber, da eine direkte Vereinbarung nicht zustande kam, durch den Haager internationalen Ausschuss für die Entschädigungsfrage getroffen werden. Die Reparationskommission vertritt den Standpunkt, daß aus den Jahreszahlungen des Dawesplans nur Zahlungen geleistet werden können, welche an die Alliierten erfolgen, da die Zahlungen an den Generalagenten Eigentum der Alliierten würden. Die Liquidation des deutschen Eigentums sei mit der Wegnahme beendet; für die Frage der Entschädigung seien die Alliierten nicht verantwortlich, sie sei vielmehr eine rein innere Angelegenheit Deutschlands. Deutscherseits dagegen wurde die Auffassung vertreten, daß durch die Zurückweisung der Entschädigungspflicht der Alliierten der internationale Grundsatz des Schutzes des Privateigentums verletzt werde. Die Liquidation habe zwar die Alliierten befriedigt, aber das Reich als Schuldner der Auslandsdeutschen nicht entlastet. Dem Reiche sei von den Eigentümern des privaten deutschen Auslandsvermögens nur ein Vorschuss geleistet, den es erstatten müsse, und es seien für das Reich von den alliierten Gläubigern alsbald die deutschen Privateigentümer als Gläubiger herangezogen worden. Die Liquidation sei erst mit der Entschädigungszahlung vollendet, bis dahin liege nur eine völkerrechtlich unzulässige Konfiskation vor. Die durch die Beschlagnahme ihres Vermögens sonderbelasteten Auslandsdeutschen seien bei der Liquidation die vom Reiche zu entschädigenden Eigentümer der von den Alliierten verwerteten Güter. Wenn daher auch die Entschädigungspflicht zwischen dem Reich und seinen Angehörigen bestehe, so sei doch diese vom Versailler Vertrag vorgeschriebene Zahlungspflicht die eigentliche, dem Reiche als solche auferlegte Reparationszahlung. Da nun der Sachverständigenplan vorschreibe, daß die Annuitäten alle möglichen Lasten Deutschlands aus dem Versailler Vertrage umfassen sollen, müsse die Entschädigung aus diesen bestritten werden. Die Sachverständigen seien davon ausgegangen, daß der deutsche Haushalt durch die Inflation von jeder größeren inneren Schuld befreit sei, und daß alle vom Versailler Vertrage auferlegten Zahlungspflichten den deutschen Haushalt nur innerhalb der Jahreszahlungen belasten dürfen. Das sei der deutsche Standpunkt, der allein der wirtschaftlichen Moral und Vernunft und zugleich den feierlichen Zusagen der Alliierten entspreche, nach denen die Liquidation wegen der Entschädigungspflicht keine Konfiskation sei.

Wenn man bedenkt, daß es sich hier um eine Summe von etwa 9½ Milliarden Mark handelt, die auf die Daweszahlungen anzurechnen wäre, so begreift man, daß auf beiden Seiten der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts (sie ist bereits gefallen zu Ungunsten Deutschlands v. Schriffl.) mit Spannung entgegengesehen wird. Für die Alliierten würde es sich zwar nur um die Aufgabe eines Teils der ohnedies auf die Dauer unhaltbaren Forderungen handeln, für Deutschland aber um eine erhebliche Entlastung.

Während bei den vorstehend erörterten Fragen die politischen Einwirkungsmomente bis zu einem gewissen Grade doch ausgeschaltet werden konnten, sind die grundsätzlichen Hauptfragen, die nach dem Abschluß der Locarnoverträge und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in dem Verhältnis zwischen Deutschland und den Alliierten akut geworden waren infolge einer vorwiegend politischen Gefühl- und Prestigepolitik namentlich seitens der französischen Nationalisten nicht vorwärts gekommen. Es ist anlässlich der Besprechung der Zusammenkunft Stresemanns und Briand in Thoiry sofort und mit allem Recht davor gewarnt worden nun Hoffnungen zu knüpfen, die in aller nächster Zeit erfüllt werden könnten. Es war doch für jeden politisch nüchtern Denkenden klar, daß es sich hier nur um gegenseitige Informationen mit anschließenden gemeinsamen Rückschlüssen handeln konnte. Daß man über die Frage einer Räumung des Rheinlandes gesprochen hat, ist selbstverständlich, denn nach deutscher Auffassung und auch bei objektiver Beurteilung der Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten kann die Aufrechterhaltung einer Befähigung der Alliierten weder moralisch noch politisch gerechtfertigt werden, und auch rechtlich ist in dem Versailler Vertrag die Möglichkeit einer früheren Räumung der besetzten Gebiete gegeben, wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt hat. Hier nun wird es eben wieder auf die Auslegung der Bestimmungen ankommen. Deutschland sagt, die Sicherheit der Alliierten sei durch die Locarnoverträge gegeben, die Reparationsleistungen sind durch das Dawesabkommen gewährleistet und vom politisch-moralischen Gesichtspunkt aus betrachtet, ist es ein Übel, wenn Deutschland als Mitglied des Völkerbunds und Ratmitglied es noch dulden soll, daß andere Mitgliedstaaten des Völkerbunds, mit denen wir zwecks Aufrechterhaltung des Friedens zusammenarbeiten sollen, Teile deutschen Gebietes besetzt halten. Die Franzosen stellen sich einerseits auf den formal-juristischen Standpunkt, daß erst die deutschen Zahlungsverpflichtungen ganz erfüllt sein müßten, weswegen sie auch entsprechende finanzielle

Zustandbriffe von deutscher Seite erwarten und andererseits spielt die „Sicherheits“-Frage bei ihnen eine ausschlaggebende Rolle. Sie betrachten also die Locarnoverträge und den Schutz durch den Völkerbund immer noch nicht als genügende Sicherheitsgarantie. Wahrscheinlich werden sie deshalb noch die schon angeforderten Forderungen bezüglich der militärischen Neutralisierung und Kontrolle des Rheinlandes aufstellen. Wir sehen also, es wird noch ein hartes Ringen geben, bis die notwendigen Folgerungen aus der Locarnopolitik auch von Seiten der Entente, und namentlich Frankreichs gezogen werden, und die deutsche Politik wird alle Energie, aber auch Vorsicht anwenden müssen, um dem zweifellos bei Briand vorhandenen guten Willen zum Siege zu verhelfen, im Interesse beider Völker, im Interesse Europas und eines dauerhaften Friedens.

Wir haben schon wiederholt betont, daß die sachliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, namentlich im Hinblick auf die Konfliktmöglichkeiten in Europa, auf dem Balkan, im Orient, in Asien und Amerika dringend notwendig ist. Die Ententestaaten in Europa suchen sich für alle Fälle gegenseitig zu verständigen. So scheinen Vereinbarungen zwischen Italien und England über die gesamte Mittelmeerfrage und die damit zusammenhängenden Balkan-, Orient- und kolonialen Angelegenheiten bevorzustehen oder schon zustande gekommen zu sein. Italien hat mit Rumänien gegen Rußland und wahrscheinlich auch gegen die Türkei Abmachungen getroffen, Rußland sucht sich dagegen mit den nördlichen Randstaaten im Hinblick auf die polnische Expansionspolitik zu wappnen, und die Türkei hält sich trotz staatspolitischer Gegenfrage zum Schutze ihrer Existenz an Sowjetrußland. Ein latenter Gegensatz, der jeden Augenblick zur Auswirkung kommen kann, besteht zwischen Italien und Südländern. Alle diese Konfliktmomente können eines Tages, wenn irgendwo in der Welt die Großstaaten aneinander geraten, ebenfalls zur Explosion kommen. Wir glauben zwar nicht, daß die angelsächsischen Staaten zurzeit, da sie eine beherrschende Stellung in der Welt einnehmen, große Lust haben, ihre Erfolge im Weltkriege aufs Spiel zu setzen, denn die Angelsachsen haben die höchste Staatskunst mit Recht immer darin erblickt, möglichst wenig für das eigene Volk zu riskieren, dagegen die anderen Völker für ihre Interessen einzuspinnen. Deshalb ist auch anzunehmen, daß sowohl England in China wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika in Mittelamerika und Mexiko vorerst nur einmal mit den Mitteln des politischen Druckes versuchen, ihre wirtschafts-imperialistischen Ziele zu erreichen. Da sie aber schon dazu übergegangen sind, militärische Aktionen vorzunehmen, so liegen Verwicklungen, die zu internationalen Auseinandersetzungen führen können, durchaus im Bereiche der Möglichkeit. Und diesen Eventualitäten gegenüber hat Deutschland zurzeit nur die eine Möglichkeit der Gegenwirkung, alles zu tun, um zu verhindern, daß wir wieder in etwaige kriegerische Konflikte hineingerissen werden.

Der Reichspräsident an die ausgeschiedenen Minister.

II. Berlin, 1. Febr. Der Herr Reichspräsident hat an den aus seinem Amt scheidenden Reichspostminister Dr. Stinckel nachfolgendes persönliches Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ihrem Antrag auf Enthebung von dem Amt des Reichspostministers habe ich mit lebhaftem Bedauern in Würdigung der vorgetragenen Gründe entsprochen. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, Ihnen aus diesem Anlaß meinen aufrichtigen Dank und meine Anerkennung auszusprechen für die wertvollen Dienste, die Sie während Ihrer langjährigen Beamtenlaufbahn zuletzt als Leiter der Reichspostverwaltung in treuer Arbeit dem Vaterlande geleistet haben. In zwei Kabinetten haben Sie das Amt des Reichspostministers inne gehabt. Sie haben während dieser Zeit den Wiederaufbau und die Reorganisation der Reichspostverwaltung durchgeführt, den Betrieb der Post in verschiedenen Zweigen modernisiert und den Zusammenhang zwischen der Post und der Wirtschaft gefördert. Mit der Geschichte des deutschen Postwesens wird Ihr Name stets verbunden bleiben. Indem ich meine besten Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen ausspreche, bin ich mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung Ihr ergebener gez. von Hindenburg.“

Dem scheidenden Herrn Reichsinnenminister hat der Herr Reichspräsident mit folgendem Schreiben für seine Dienste gedankt:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ihrem Antrage auf Enthebung von Ihrem Amte als Reichsminister des Innern habe ich mit lebhaftem Bedauern in Würdigung der mir vorgetragenen Gründe entsprochen. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen bei Ihrem Scheiden aus dem Amte meinen herzlichsten Dank und meine Anerkennung für Ihre Tätigkeit auszusprechen. Mit Umsicht und Tatkraft haben Sie das schwierige Amt des Reichsministers des Innern ein Jahr hindurch versehen und wichtige gesetzgeberische Arbeiten teils zum Abschluß gebracht, teils zweckentsprechend gefördert. Indem ich Ihnen für Ihre weitere Tätigkeit im öffentlichen Leben meine besten Wünsche auf den Weg gebe, bin ich mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung Ihr ergebener gez. von Hindenburg.“

An den bisherigen Reichsminister der Finanzen, Dr. Reinhold hat der Herr Reichspräsident folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Indem ich Sie auf Ihren Antrag mit dem beifolgenden Erlaß von Ihrem Amte als Reichsminister der Finanzen entbinde, spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Dank und meine aufrichtige Anerkennung aus für Ihre erfolgreiche Tätigkeit an der Spitze des Reichsfinanzministeriums. In einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Krisis haben Sie die Leitung dieses Ministeriums übernommen und es verstanden, durch zeitgemäße Steuerpolitik dem deutschen Wirtschaftsleben ohne Schädigung der Reichsfinanzen Erleichterung zu bringen. Ich hoffe, daß Ihre wertvollen Fähigkeiten und Erfahrungen dem Vaterlande auch künftig nutzbar sein werden und daß Ihre gegenwärtigen Ausscheiden aus dem Reichsdienst keinen Abschied für immer bedeutet. Meine besten Wünsche für Ihren ferneren Lebensweg begleiten Sie. Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung Ihr ergebener gez. von Hindenburg.“

Der bisherige Reichsverkehrsminister Dr. Krohne hat nachstehendes Schreiben des Herrn Reichspräsidenten erhalten:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ihrem Antrage auf Enthebung von Ihrem Amte als Reichsverkehrsminister habe ich in Würdigung der vorgetragenen Gründe mit dem beifolgenden Erlaß entsprochen. Es ist mir ein lebhaftes Bedürfnis, Ihnen bei diesem Anlaß meinen herzlichsten Dank und meine aufrichtige Anerkennung auszusprechen für die erfolgreichen Dienste, die Sie in langjähriger, treuer Arbeit, zuletzt an der Spitze des Reichsverkehrsministeriums Preußens und dem Reiche geleistet haben. Die Überleitung des Reichsverkehrsministeriums in seine neuen Aufgaben und die tatkräftige Förderung des Ausbaues der Wasserstraßen wird stets Ihr besonderes Verdienst bleiben. Indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß Ihre hervorragende Arbeitskraft und Ihre reichen Erfahrungen auch ferner noch dem Vaterlande nutzbar sein werden, bin ich mit den besten Wünschen

für Ihr persönliches Wohlergehen und mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung Ihr ergebener gez. von Hindenburg.“

An den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Haslinder richtete der Herr Reichspräsident folgendes Schreiben: „Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ihrem Antrage um Enthebung von Ihrem Amte als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft habe ich durch die anliegende Urkunde entsprochen. Ich nehme diese Gelegenheit zum Anlaß, Ihnen namens des Reiches auf richtige Anerkennung und herzlichen Dank für Ihre Ministerstätigkeit auszusprechen. Sie haben während Ihrer leider nur zu kurzen Amtszeit sich mit großer Tatkraft für die Interessen der Landwirtschaft eingesetzt und diesen lebenswichtigen Teil unserer Volkswirtschaft in manchen Beziehungen gefördert. Ich hoffe, daß Ihre Arbeitskraft und Ihre Erfahrung dem Staats- oder Reichsdienst bald wieder nutzbar sein werden und bin mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung Ihr ergebener gez. von Hindenburg.“

Dem Reichsminister für die Justiz und zugleich für die besetzten Gebiete, Dr. Bell, hat der Herr Reichspräsident wie folgt geschrieben:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ihrem Antrage auf Enthebung von Ihrem Amte als Reichsminister der Justiz und als Reichsminister für die besetzten Gebiete habe ich in Würdigung der vorgetragenen Gründe mit dem beifolgenden Erlaß entsprochen. Ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meinen herzlichsten Dank für die gute Dienste auszusprechen, die Sie während Ihrer Tätigkeit an der Spitze der beiden Ministerien dem Reiche geleistet haben. Mit meinen besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen und mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung Ihr ergebener gez. von Hindenburg.“

Die deutsche Reichspost im Dezember.

II. Berlin, 31. Jan. Dem Dezemberbericht des Reichspostministeriums zufolge ist der Fernsprechverkehr mit Polen durch die Inbetriebnahme der Verbindung Berlin-Dromberg erweitert worden. Ferner ist eine Funkverbindung Belin-Bissabon dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Die Zahl der Rundfunkhörer weist einen Zuwachs um 3 Prozent von 1.337.000 auf 1.376.000 Hörern auf. Im Personalwesen ergibt sich eine geringe Erhöhung der Beamtenzahl durch die Uebernahme von Hilfskräften in ein festes Beamtenverhältnis und ein Anwachsen der Telegraphenarbeiterzahl. Die Zahl der Vertreter für Erkrankte und Weurlaube hat sich stark verringert. Die Einnahmen weisen eine Erhöhung von 142,2 Millionen auf 154,7 Millionen und die Ausgaben ebenfalls eine Erhöhung von 137,0 Millionen auf 167 Millionen Mark auf. Die Erhöhung der Einnahmen ist auf den starken Verkehr in der Weihnachts- und Neujahrszeit, die der Ausgabe auf die Auszahlung der Beihilfen an Beamte und Arbeiter zurückzuführen.

Die deutsch-tschechischen Beziehungen.

Dr. Krofina r seine Berliner Tätigkeit.

II. Prag, 31. Jan. Der von Berlin scheidende tschechoslowakische Gesandte Krofina empfing den Vertreter des „Prager Tagblatts“ und teilte ihm mit, daß dank Locarno sich die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei weiter gebessert hätten. Die öffentliche Meinung Deutschlands sei der Tschechoslowakei nicht immer gerecht geworden, aber seit der deutschen Mitarbeit an den tschechoslowakischen Regierungsgeschäften sei in dieser Beziehung ein Wandel zu beobachten. Die Loyalität der deutschen Aktivisten räume mit manchen Vorurteilen auf, die durch ihre führende Propaganda gegen die Tschechen in Deutschland verbreitet worden seien. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag sollen die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Staaten regeln. Der Gesandte sei für das Entgegenkommen, das er in Berlin stets gefunden habe, sehr dankbar. Der Berliner Gesandtschaftsposten nehme die ganze Kraft eines Diplomaten in Anspruch. Er empfinde gerade aus diesem Grunde bei seinem Abschied Besorgnis über das Gerichte.

Die erste Seilsehwebebahn im Bodenseegebiet.

Die Pfänderbahn, die erste Seilsehwebebahn im Bodenseegebiet geht nunmehr, wie schon kurz berichtet, ihrer Vollendung entgegen. Sie führt von Bregenz aus, unweit der Dampferlande, über den felsigen Bergabhang nach der knapp unter der Pfänder Spitze (1040 Meter) gelegenen Bergstation, von der aus die Bahn elektrisch betrieben wird. Die Maschinen sind dort bereits eingebaut, fertig montiert und auch zur vollen Zufriedenheit ausgeprobt. Sowohl die Berg- als auch die Talstationen sind ganz gewaltige Betonbauten, die jedoch in keiner Weise das landschaftliche Bild stören. Die Talstation liegt 414 und die Bergstation 1018 Meter hoch, sodaß der zu überwindende Höhenunterschied 604 Meter beträgt. Die vier Eisenstützen befinden sich im letzten Baustadium, es werden nur noch einige Nietarbeiten durchgeführt, und bereits kommende Woche werden die schweren Tragteile in die Stützhäuser und die Zugteile in die Rollen gehoben. Aufgezogen sind alle Seile längst schon und im jetzigen winterlichen Bilde sehen sie aus wie dicke, weiße Spinnfäden, die den Berg hinaufführen.

Die in der Bergstation verankerten, aus 120 Stahlfäden gedrehten Tragteile werden durch 36.000 Kilo schwere Spannungsgewichte in der Talstation gespannt. Fünffach gesicherte Zugseile werden die Bewegung der Wagen beorgen. Die beiden Fahrkabinen wurden letzter Tage in Leipzig amtlich übernommen und sind bereits unterwegs nach Bregenz. Die Kabinen werden in den Seilbetrieb eingekuppelt, was zwei Tage erfordert wird. In den ersten Februartagen beginnen dann die Probefahrten, die etwa 14 Tage beanspruchen und Mitte Februar soll dann die Bahn fertiggestellt sein. Eine Fahrkabine fährt außer dem Wagenführer 23 Fahrgäste. Die Eröffnung der Pfänderbahn wird im ganzen Bodenseegebiet und weit darüber hinaus, vor allem im Schwabenland, mit großem Interesse erwartet.

Befoldungsreform und Wirtschaft

II. Berlin, 25. Okt. Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat eine Entschließung zur Beamtenbefoldungsreform gefaßt, worin er die staatspolitische Notwendigkeit einer angemessenen Befoldung der Beamtenschaft nicht verkennet. Die Frage der wirtschaftlichen Auswirkung der Reform ist in der Entschließung folgendermaßen beantwortet:

Der Wunsch der Reichsregierung, Preiserhöhungen vermeiden zu sehen, kann nur erfüllt werden, falls die durch eine Befoldungsreform entstehenden Ausgaben ohne Erhöhung der Steuern, Abgaben und Tarife in Reich, Ländern und Gemeinden gedeckt werden können. In Übereinstimmung mit der gesamten öffentlichen Meinung ist der Reichsverband der Ansicht, daß sich dieses nur im Wege einer durchgreifenden Verwaltungsreform erreichen läßt, die endlich mit Nachdruck in Angriff zu nehmen wäre. Die jetzt schon zu beobachtenden Auswirkungen der Ankündigungen des Reichsfinanzministers auf die Lohn- und Preisgestaltung zeigen die bereits entstandenen Gefahren für die gesamte Volkswirtschaft und drohen die an Gehalts- und Lohnerhöhungen geknüpften Hoffnungen in Frage zu stellen; denn jede Einkommensteigerung kann gefahrlos nur auf dem natürlichen Fortschreiten der Produktivität der Gesamtwirtschaft aufgebaut werden.

Frankreichs Besorgnisse

Vertinax über die Finanzpolitik Deutschlands.

II. Paris, 25. Okt. Im Echo de Paris äußerte sich Vertinax gestern ausführlich über die Finanzpolitik der Reichsregierung. Die Reichsregierung — so schreibt er — beabsichtigt eine Reihe von Maßnahmen, die das Passivum des Budgets nur noch größer machen würden. Die Tendenz der deutschen Wirtschaft gehe gegen das augenblicklich geltende Reparationsystem. Die intensivere Arbeit der deutschen Industrie seit einem Jahr rühre fast ausschließlich von der Erhöhung des inländischen Konsums her. Nach dem Beispiel des Staates führten die Privatpersonen ein Leben über ihre Mittel. Die kritische Stunde für den Dawesplan werde dann schlagen, wenn die ausländischen Anleihen zurückgezahlt werden müßten. Vertinax wirft die Frage auf, ob die Zahlungen Deutschlands an die Bankiers eine Priorität gegenüber den Reparationszahlungen genießen würden. Viele Deutsche und Amerikaner bejahen diese Frage. Wenn diese These den Sieg davontrage, so sei es um das Gelingen der Alliierten geschehen.

Die Untersuchung des Prager Gesandtenmordes

II. Wien, 25. Okt. Die Untersuchung des Prager Gesandtenmordes, bei der auch die österreichische Polizei mitwirkt, hat das überraschende Ergebnis gezeitigt, daß der Mörder des Prager albanischen Gesandten vor seiner Fahrt nach Prag eine Begegnung mit dem Wiener albanischen Konsul Saracchi gehabt hat. Dieser steht jetzt unter dem Verdacht, Mitwisser des Prager Gesandtenmordes zu sein. Dieser Verdacht verstärkt sich dadurch, daß Saracchi, als er 1925 noch Konsul in Italien war, mit der Ermordung des albanischen Unterrichtsministers in Bari im Zusammenhang gestanden habe. Der Mörder des Ministers war ein Vetter des Konsuls, der Ermordete ebenfalls, wie der kürzlich ermordete Prager Gesandte, ein Gegner des albanischen Diktators Achmed Zogu. Uebrigens ist der Ministermörder damals, obwohl er auf frischer Tat ertappt worden war, freigesprochen worden.

II. London, 25. Okt. Wie der amtliche englische Funkpruch aus Tirana meldet, haben sich albanische Stämme erhoben, die für die Ermordung von Vena Weg den Diktator verantwortlich machen.

Kleine politische Nachrichten

Die Einigungsverhandlungen in Schanghai. Nach den letzten Berichten aus Schanghai sind die Einigungsverhandlungen zwischen dem Hankauer Befehlshaber, General Tang und den Vertretern der Kantinger Regierung erfolgreich verlaufen. In den wichtigsten Streitfragen soll bereits eine Übereinstimmung erzielt sein, die u. a. vorsieht: 1. Wiedervereinigung aller Südruppen, 2. Einleitung einer neuen Offensive der vereinigten Südruppen gegen Marschall Tschangtschun, 3. Ausschluß aller Kommunisten aus der Südrregierung und aus der Kuomintang.

Verstärkter Kriegszustand in Peking. In Peking herrscht verstärkter Kriegszustand. Die Polizei ist angewiesen, alle Straßenpassanten während der Nachtstunden nach Waffen zu durchsuchen. Die Ausländer sind bisher unbelästigt geblieben. Die Kriegslage ist unverändert. Die Tschangtschun-Truppen halten die Eisenbahnlinie, während fliegende Abteilungen der Fong-Armee die Tschli-Provinz beunruhigen.

Amerikanische Verstärkungen in Nicaragua eingezogen. Das amerikanische Marineministerium hat zwei Flugzeuge und zwei Abteilungen Marinesoldaten nach Corinto in Nicaragua entsandt, denen weitere Flugzeuge und Marine-truppen folgen werden. Die Entsendung hängt mit dem vergeblichen Versuch nicaraguanischer Polizei zusammen, zwei Mitglieder der Besatzung eines amerikanischen Marineflugzeuges aus den Händen nicaraguanischer Banditen zu befreien.

Eröffnung der Werkstoffschau

In Berlin sind die Werkstofftagung und die mit ihr verbundene Werkstoffschau 1927 in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm feierlich eröffnet worden. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ergriff hierbei das Wort zu einer

Ansprache, in der er zunächst die Größe und Wünsche der Reichsregierung übermittelte. Im Gegensatz zu Ausstellungen und Messen solle die Werkstofftagung aufklärend und belehrend, nicht abfahrend wirken. Die Durchführung des Planes habe bei dem Umfang der an sich zu lösenden Aufgaben die Beschränkung auf einige Gebiete erfordert. Die Werkstoffschau umfasse deshalb nur die drei großen Gruppen: Stahl und Eisen, Nicht-Eisenmetalle und elektrotechnische Stoffe. Im Mittelpunkt der Schau stehe die Werkstoffprüfung, die in eindrucksvoller Weise zeige, welche Fortschritte gerade auf diesem Gebiete in Deutschland gemacht worden seien. Von dem gesamten Unternehmen könne man sich in erster Linie eine Hebung der Dualität aller Erzeugnisse dieser Fachgebiete versprechen. Steigerung der Dualität der Werkstoffe schließe Steigerung der industriellen Gesamtleistung in sich. Die Veranstaltung sei geeignet, neue Abzweigungen im In- u. Ausland für unsere Wirtschaft zu schaffen. Planmäßige Veredlungstechnik auf dem Gebiete der Stoffwirtschaft werde von nun an eine der Hauptaufgaben unseres wirtschaftlichen Wiederaufstiegs sein.

Der Württ. Staatshaushaltsplan für 1928

Der Entwurf des Staatshaushaltsplans für 1928 sieht im ordentlichen Dienst einen Staatsbedarf von 156 629 272 Mk. vor. Die Deckungsmittel betragen A) bei Steuern und Steuerstrafen zusammen 125 614 100 Mk., B) bei Nutzungen des Staatsvermögens und sonstiger Einnahmeweise zusammen 16 151 200 Mk. und C) als Zuschuß aus dem außerordentlichen Dienst 4 082 128 Mk. Die Summe der Deckungsmittel beträgt somit 145 847 428 Reichsmark, sodaß vom Staatsbedarf 10 781 844 Mk., also rund 10,8 Millionen Mk. ungedeckt bleiben. Der außerordentliche Dienst sieht in Ausgaben und Einnahmen je 4 082 128 Mk. vor.

Dieser Abschluß setzt voraus, daß Württemberg dem Vorgehen des Reichs auf dem Gebiet einer Neuregelung der Beamtenbefoldungen folgen wird. Als Mehraufwand für die Beamtenbefoldung, der bis jetzt nur summarisch abgeschätzt werden konnte, wurde in den Staatsbedarf die Summe von 20 Millionen Mark eingesezt. Wenn dann der Entwurf der neuen württ. Befoldungsordnung vorliegen wird, wird unverzüglich dem Landtag ein Planmäßiger vorgelegt werden.

Dieses zwangslose Steigen der Personalausgaben nötigte dazu, die sonstigen Aufwendungen im neuen Planentwurf rückwärts u. mit der größten Strenge zu droffeln. Dies ist denn auch mit dem Erfolg geschehen, daß ohne die Befoldungserhöhung ein Ueberschuß von über 9 Millionen Mark in Rechnung zu nehmen gewesen wäre. Da ein Abmangel in der angegebenen Höhe von 10,8 Millionen nicht bestehen kann, hat sich die württ. Regierung bei den bisherigen Verhandlungen mit dem Reich grundfänglich auf den Standpunkt gestellt, daß es Pflicht des Reiches sei, zur Abgleichung des durch sein Vorgehen veranlaßten Abmangels die notwendigen weiteren Einnahmen zur Verfügung zu stellen.

Von den Gesamtausgaben für 1928 mit 263 676 851 Mark, denen Gesamteinnahmen in Höhe von rund 252,9 Millionen gegenüberstehen, entfallen auf persönliche Aufwendungen 149 155 245 Mark, auf sachliche Aufwendungen 114 521 606 Mk., das sind 56,8 und 43,4 v. H. Unter den Sachaufwendungen ist jedoch eine der Württ. Wohnungsfremdenanstalt obliegende Schuldentilgung in Höhe von über 20 Millionen Mark enthalten. Rechnet man diese ab, so stellen sich die Verhältniszahlen auf 61,2 Prozent und 38,8 Prozent. Im Personalteil des neuen Plans ist eine nicht große Zahl neuer Planstellen enthalten. Es handelt sich hier hauptsächlich um Umwandlung von nicht planmäßigen Stellen. Außerdem sind eine Anzahl Stellenhebungen vorgesehen. Im außerordentlichen Dienst handelt es sich noch um greifbare Restmittel früherer Jahre.

Der Plan der Justizverwaltung erfordert einen Bedarf von 13 594 250 Mark gegenüber 12 363 200 Mark im Vorjahre. Dem Mehrbedarf von 1 175 950 Mark steht bei den Gerichtskosten ein Einnahme-Mehr von fast 600 000 Mark gegenüber. Bei den Kanzleikosten rührt ein großer Teil des Mehr von der Erhöhung der Postgebühren her, denn von der Postgebührenerhöhung mit rund ¼ Millionen Mark trifft mehr als ein Drittel den Justizplan.

Der Zuschußbedarf der Innenverwaltung berechnet sich auf zusammen 35 387 960 Mark gegenüber dem Vorjahre von 33 015 450 Mark. Bei den Verwaltungs- und Polizeikosten ist der voraussichtliche Aufwand für die 1928 fällige Landtagswahl eingerechnet. Bei der staatlichen Polizeiverwaltung ist eine Verringerung der Zahl der planmäßigen Stellen um 270 zu erwähnen. Unter den Ausgaben für das Gesundheitswesen erscheinen höhere fortlaufende Mittel zu Staatsbeiträgen für Neu- und Erweiterungsbauten öffentlicher Krankenanstalten. Der Straßen- und Wasserbau erfordert bei einer Mehrausgabe gegen bisher von 1 778 000 Mark nunmehr einen Zuschuß von rund 18 Millionen Mk.

Bei der Kultverwaltung stellt sich der Zuschußbedarf auf 45 545 282 Mark gegenüber 43 328 493 Mark im Vorjahre. Da die Ausgaben der Kultverwaltung zu rund 90 Prozent Personalausgaben sind, ist auch diese Zuschußsteigerung größtenteils auf das Anwachsen der Personalausgaben zurückzuführen. Die Staatsleistungen für die Kirchen betragen 11 236 902 RMk., gegenüber 1927 mehr 48 349 Mark. Auf die evangelische Kirche entfallen 7 514 014 Mark, auf die katholische 3 696 388 Mark. Dazu tritt der Beitrag für die israelitische Zentralkasse mit 26 500 Mark. Für die Hochschulen sind an Zuschüssen erforderlich bei der Universität 2 360 600 Mark, bei der Techn. Hochschule 1 362 200 Mark und bei der Landw. Hochschule 469 500 Mark. Der Aufwand für das sonstige Schulwesen beträgt nach Abzug der Gemeindeleistungen insgesamt 26 808 160 Mark. Die 11 Lehrerbildungsanstalten werden von 1928 ab alle wieder 3 oder 4 Klassen haben gegen-

über bisher 2 oder 3. An den Volksschulen machen die teilweise Einführung des achten Schuljahres, die an einzelnen Orten wachsende Schülerzahl und andere Gründe die Einstellung neuer Lehrkräfte erforderlich. Es mußten daher 18 weitere außerplanmäßige Volksschullehrkräfte und 25 weitere außerplanmäßige Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen vorgesehen werden. Für Beiträge an bedürftige Gemeinden zur Lehrerbefoldung sind als fortlaufende Ausgaben wieder 2 Millionen Mark und zu Volksschulbauten 300 000 Mark ausgeworfen. Auf dem Gebiet der Kunstverwaltung ergibt sich ein Gesamtmehraufwand von 584 720 Mark davon 423 720 für die Landes-theater in Stuttgart. Der gesamte Zuschußbedarf für die Landes-theater beträgt nunmehr 1 800 000 Mk., wovon 700 000 Mk. die Stadt Stuttgart trägt.

Die Finanzverwaltung benötigt zusammen 12 893 450 Mk. gegenüber 12 995 100 Mk. im Vorjahre. Als bedeutendste Forderung für 1928 ist die eines ersten Teilbetrags für die Erweiterung der Aula in Tübingen mit drei Millionen Mark anzuführen. Auch für die Landw. Hochschule mußten für Neu- und Erweiterungsbauten 960 000 Mk. eingestellt werden.

Bei der Wirtschaftsverwaltung ist der Gesamtbedarf auf 7 115 200 Mk. veranschlagt gegenüber 5 942 310 Mk. fortdauernden und 6 931 000 Mark einmaligen Ausgaben im Vorjahr. Die Ausgabenverringeringung erklärt sich daraus, daß im Etat 1927 zur Förderung von Wirtschaft und Verkehr und für Arbeitsbeschaffung außerordentlich hohe Mittel einmalig zur Verfügung gestellt werden mußten. Bei der Zentralstelle für Landwirtschaft hat sich der fortdauernde Bedarf für die Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft um 349 150 Mark erhöht. An der Ausführung der Mittel für die neue Arbeitslosenversicherung sind die Länder als solche nicht mehr beteiligt.

Bei den allgemeinen Staatsbedürfnissen ist ein Zuschuß erforderlich von 40 878 600 Mk. für 1928 gegenüber 28 520 000 im Vorplan. Das riesige Aufsteigen kommt nur daher, daß hier der vorläufig in einer Gesamtsumme geschätzte Befoldungsmehrbedarf mit 20 Millionen Mark eingestuft ist.

Was die Deckungsmittel anbelaugt und zwar zunächst die Steuern, ist hier mit einem Reinaufkommen für den Staat von 125 614 100 Mark gerechnet, was einen Mehr gegenüber dem Vorplan von 10 650 300 Mk. entspricht. Diese Steigerung rührt nicht von irgendwelcher Erhöhung der Steuerfüße her. Sie ist vor allem dadurch erzielt worden, daß unter dem Zwang der schwierigen Finanzlage alle Einnahmen so hoch angefaßt wurden als es noch irgend vertretbar erschien und dadurch, daß die Gebäudeentwässerungssteuer zugunsten des allgemeinen Finanzbedarfs eine Kleinveränderung erfahren hat. Für den Ausgleichsstock ist eine Zuweisung in Höhe von einer Million Mark vorgesehen. In einzelnen ist bei der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ein Ertrag von 19 450 000 Mk. bei der Gebäudeentwässerungssteuer ein Ertrag von 12 980 000 Mk., bei Sportel und Gerichts-kosten 7 211 000 Mark und als Einnahmen aus den Reichsteuern, die ein Drittel aller Steuereinnahmen ausmachen, 64 373 000 Mk. angenommen.

Die Nutzungen des Staatsvermögens und sonstige Einnahmeweise endlich ergeben bei einer Gesamteinnahme von 16 151 200 Mk. ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 2 736 750 Mk. Bei den Fortien stellt sich der Holzzertrag voranschlagmäßig um 2 590 000 Mk. höher als 1927.

Aus Württemberg

Tagung des Württembergischen Beamtenbundes. Am Samstag und Sonntag hielt der Württ. Beamtenbund im katholischen Gefellenhaus in Stuttgart seine jährliche Vertreterversammlung ab. Als Abschluß der Tagung fand, wie die Schwäbische Tagwacht berichtet, eine Kundgebung statt, bei der in zwei Vorträgen den Forderungen und Wünschen der Beamtenschaft zu dem dem Reichstag vorliegenden Befoldungsgesetz Ausdruck gegeben wurde. Finanzminister Dr. Dehlinger, der an der Versammlung teilnahm, versicherte, das Ziel der Regierung in der Beamtenbefoldungsfrage sei eine gesicherte und zufriedene Beamtenschaft. Ueber diese Notwendigkeit sei sich Regierung und Landtag einig. Demgegenüber müsse alles andere zurücktreten. Erst wenn der Reichstag die Befoldungsvorlage verabschiedet habe, könne Württemberg nachfolgen. Er als Finanzminister wäre bereit, die Reichsregelung für Württemberg zu übernehmen. Die vorgesehene Reform könne in Württemberg ohne Steuererhöhungen durchgeführt werden. Der Mehraufwand betrage 20 Millionen Mark. Für das Jahr 1928 ergebe sich zwar ein Fehlbetrag von 9 Millionen Mark, der voraussichtlich durch erhöhte Reichssteuerüberweisungen gedeckt werde.

Tübinger Hochschullehrer gegen das Reichsschulgesetz. Vor einiger Zeit ist von Hochschullehrern der verschiedensten Richtungen eine Entschließung gegen den vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesetzes zur Mitunterzeichnung in Hochschulkreisen in Umlauf gesetzt worden. Diese Kundgebung, die von Heidelberg ausging, haben sich in wenigen Wochen über 1 500 Hochschullehrer vorbehaltlos angeschlossen. Von der Tübinger Professoren-schaft haben, wie die Tübinger Chronik mitteilt, folgende Professoren unterzeichnet:

F. Blochmann; E. Borchers; K. Fischbeck; W. Franz; M. Gänßlen; A. Gaupp; J. Haller; J. Haas; Ph. Heß; H. Heimberger; A. Krämer; E. Ramde; M. Kirchner; A. Lunde; B. Miekau; W. Präger; G. Pektert; W. Parrius; H. Senffterheld; G. Sartorius; A. R. Schmidt; E. Schempp; G. Schleich; E. Schmidt; W. Schmidt; A. Schminde; G. Spita; H. Thierfelder; E. Uhlig; H. Wierordt; E. Wannemacher; W. Wilbrandt; W. Zimmermann.

Die Obstausstellung in Altburg

Der Obstbau in unserem Bezirk ist in den letzten Jahren nicht nur durch die vielen Neuanlagen vorangekommen, sondern viel mehr noch durch die Verbreitung besserer Sorten gefördert worden. Dies ist der zielbewußten Arbeit des Bezirksobstbauvereins zu danken, der durch Vorträge und sonstige Veranstaltungen den Obstbau in jeder Weise emporzubringen sucht. Die von dem Verein seit drei Jahren eingeführten Lokalobstausstellungen erfreuen sich eines großen Interesses und einer sehr guten Beteiligung. Die Gemeinden selbst treten überall lebhaft für derartige Ausstellungen ein.

Dies zeigte sich auch bei der am Sonntag in Altburg veranstalteten Obstausstellung. In obstrichen Jahren ist es keine Kunst, Obstausstellungen zu veranstalten, aber diese so zu gestalten, wie man es im Saale des Gasthofes a. Sonne in Altburg sehen konnte, verdient gewiß volle Anerkennung. Die ganze Anordnung war eingestellt auf ein schönes, harmonisches Gesamtbild. Schon das schön geschmückte Ausstellungslokal wirkte äußerst vorteilhaft auf den Besucher und dann erst die prächtigen, reizend aufgestellten Obstsorten! Die mittlere Tischreihe war belegt von der Ausstellung vier junger Baumwarte von Weltenchwann, Spehhardt und Spindlershof. Selten wird man eine schönere Anordnung und schönere Früchte gesehen haben. Alle erdenklichen Äpfel- und Birnsorten lagen auf Moos und zwischen Tannengrün eingebettet. Entlang den Wänden waren die Ausstellungen der Privatobstzüchter aufgestellt und an der Stirnwand hatte Oberamtsbaumwart Widmann eine äußerst belehrende, ins Auge fallende Ausstellung zu gerichtet. Man sah im allgemeinen vorwiegend schöne große Birnsorten und Äpfel, die durch ihre schönen Farben und Formen gefielen. Einzelne Ausstellungen waren äußerst reichhaltig und gewährten einen hervorragenden schönen Anblick. Die Auswahl war sehr sorgfältig getroffen; es waren tadellose Früchte und nur selten sah man etwas gefleckte Exemplare. Die Telleranstellung war vollständig aufgegeben. Man sah alle Sorten in größeren Quantitäten. Dadurch ergab sich ein richtiges Bild von jeder Sorte. Etwas außerordentlich Schönes hat der Verein mit dieser Ausstellung geboten. Diese Ausstellung hat dem Umfang nach alle übrigen des Bezirks übertraffen. Sie kam in dieser Vollendung zu Stande nur durch die aufopferungswolle Mitarbeit verschiedener Obstzüchter. Die Hauptarbeiten lagen in den Händen von Oberamtsbaumwart Widmann und Stadtbauwart Kopp in Calw, sowie der Baumwarte Burkhardt in Spindlershof, Pfommer in Weltenchwann, Kusterer in Spehhardt und Ronnenmann in Weltenchwann. Die Sortenbezeichnung wurde am Samstag nachmittag von Obstbauinspektor Hiller von der Landwirtschaftskammer durchgeführt. Es war eine schwere Arbeit, bei der Menge an aufgestellten Obst die Sorten richtig zu verzeichnen. Sie gelang ausgezeichnet, so daß am Sonntag jede Sorte mit dem richtigen Namen gekennzeichnet war.

Am Sonntag war die Ausstellung zum Besuch freigegeben. Etwa 600 Besucher aus Altburg und der näheren Umgebung kamen an diesem Tage zur Besichtigung. Unter den Besuchern herrschte nur eine Stimme des Lobes und der Anerkennung über das Gebotene. Viele Obstzüchter hätten nicht geglaubt, daß in Altburg eine solche Ausstellung möglich sei. Nur durch das einmütige Zusammenarbeiten von Altburg, Weltenchwann, Spehhardt und Alzenberg ließ sich das schöne Werk schaffen. Wenn eine Obstausstellung der Gradmesser sein soll von dem Stand des Obstbaus einer Gemeinde oder eines Bezirks, so kann richtig gesagt werden, daß der Obstbau in den bezeichneten Gemeinden auf achtunggebietender Höhe steht.

Ein Vortrag über neuzeitlichen Obstbau.

Am Sonntag nachmittag fand im neuen Schulhaus in Altburg ein Vortrag über neuzeitlichen Obstbau statt. Es waren ungefähr 150 Personen anwesend. Der Vorstand des Bezirksobstbauvereins, Oberpräzeptor Bauehle-Calm, eröffnete die Versammlung, indem er auf den Zweck der Ausstellung hinwies, allen Mitarbeitern herzlich dankte und dabei besonders die Unterstützung der beteiligten Gemeinden dankbar anerkannte, um sodann noch die Bedeutung des Obstbaues für das wirtschaftliche Leben hervorzuheben. Obstbauinspektor Hiller-Stuttgart sprach hierauf über neuzeitlichen Obstbau. Die Ausstellungen seien von großem praktischem Wert. Sie tragen zur Förderung des Obstbaues bei, indem sie das Interesse für denselben wecken, einen Überblick über den Stand des Obstbaues im Bezirk oder einer Gemeinde ermöglichen, Sortenkunde verbreiten und den Verbrauch an Obst und den Absatz fördern. Zu einem richtigen Obstbau gehöre aber eine genaue Kenntnis der Sorten und ihrer Ansprüche auf Klima und Lage. Die pomologisch benannten Sorten seien allgemein von hohem Wert, aber auch gewisse Lokalsorten hätten ihre vollständige Berechtigung. Sortenvermehrung sei nicht zu empfehlen, vielmehr Sortenvereinfachung. Die Hauptsorten sollten in den Vordergrund treten, wobei sachliche Berater eingreifen sollten. Bei den Sorten seien die Fragen nach der Widerstandsfähigkeit, dem Wuchs, der Tragbarkeit und der Wirtschaftlichkeit genau zu prüfen. Diese Punkte seien in erster Linie bei Neuanlagen in Betracht zu ziehen. Als gute verstandfähige Ware eignen sich besonders Ontario, Rambour, Schöner von Bostop, Schweizer Wasserbirne, Champagner Bratbirne und Luxemburger Mostbirne. Den größten wirtschaftlichen Wert hätte Winterobst, Herbstfrüchte seien weniger wirtschaftlich. Dabei müsse wie auf anderen Gebieten auf Qualitätsware, Ausfortierung und Verpackung gesehen werden. Der Redner gab sodann noch Winke über Bodenbearbeitung, Düngung und Schädlingsbekämpfung und sprach zum Schluß seine große Befriedigung über

die Ausstellung aus. Der Vorsitzende verbreitete sich kurz über die Geschichte und einige Pioniere des Obstbaues im Bezirk, gab einige humoristische Erinnerungen über den Obstbau in Calw und forderte in eindringlichen Worten zur weiteren Hebung des Obstbaues auf. Die Versammlung begleitete die Ausführungen der beiden Redner mit großem Beifall. Schultheiß Walz-Altburg sprach in trefflichen Worten der Leitung des Vereins, den ausführenden Männern der Ausstellung und allen Ausstellern den wärmsten Dank der Gemeinde Altburg aus.

Der Bezirksobstbauverein, dem die Veranstaltung in erster Linie zu verdanken ist, kann mit Genugtuung auf die Ausstellung zurückblicken. Sie wird vielen Ausstellern und Besuchern ein Ansporn zu weiterem Vorwärtstreben auf dem Gebiete des Obstbaues sein. — Am Montag hatten die Schulkinder von Altburg, Alzenberg, Weltenchwann-Spehhardt und Oberreichenbach freien Eintritt zu der Ausstellung.

Aus Stadt und Land

Calw, den 26. Oktober 1927

Unfall auf dem Bahnhof Unterreichenbach.

Beim Ueberschreiten des Bahngeleises innerhalb des Bahnhofes Unterreichenbach wurde gestern morgen der 68 Jahre alte Arbeiter Jakob Kock von Bieselsberg, welcher nach Pforzheim fahren wollte, von einer Lokomotive erfasst und zur Seite geschleudert, wobei er einen Armbruch erlitt. Man brachte ihn zur ärztlichen Behandlung nach Pforzheim.

Gründung eines Bezirkswaldbauvereins in Schömberg.

Am letzten Samstag versammelten sich mehrere Privatwaldbesitzer des Bezirks im Gasthaus zum „Löwen“ in Schömberg zu dem Zweck, sich zur Förderung der Privatwaldwirtschaft zusammenzuschließen. Die Versammlung tagte unter dem Vorsitz und der Leitung von Oberamtmann Lempp in Neuenbürg, der als Referent Forstmeister Dannecker vom württ. Forstwirtschaftsrat gewonnen hatte. Ihr wohnte auch das Forstamt Langenbrand mit Oberforstmeister Dr. Eberhard an der Spitze an. Herr Oberamtmann Lempp begrüßte und eröffnete die Versammlung unter Hervorhebung des Zwecks der Zusammenkunft, sowie unter Hinweis auf die Bedeutung und den Wert des Privatwaldes nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft. Er wies insbesondere darauf hin, daß die Nutzung in Privatwaldungen durch systematische Bewirtschaftung ganz wesentlich gesteigert werden könne; so ergebe sich bei einer Fläche des Privatwaldbestandes im Bezirk von etwa 1000 Hektar — wenn für den Hektar nur ein Fm. Holz mehr genutzt werden könne — eine Mehrnutzung von 1000 Fm. und ein Mehreinkommen von etwa 220—250 000 M. — Diesen Ausführungen folgte ein Vortrag von Forstmeister Dannecker über Privatwaldwirtschaft, dem sich eine Begehung von Privatwaldungen angeschlossen. Hier an Ort und Stelle wurde an praktischen Beispielen gezeigt, wie der Privatwald, der große wie der kleinste, zweckmäßig bewirtschaftet werden kann und soll. Auch die Diskussion, zu der Oberamtmann Lempp am Plage aufforderte, zeitigte und klärte viele sachliche Fragen. — Nach dieser Waldbegehung sammelte man sich wieder im „Löwen“, wo nach weiteren Ausführungen von Forstmeister Dannecker und Oberamtmann Lempp ein „Bezirks-Waldbauverein Neuenbürg“ gegründet und als Vorstand Schultheiß Kugele in Unterlengenhardt gewählt wurde.

Better für Donnerstag und Freitag.

Von Weiten ragt schwacher Hochdruck nach Süddeutschland herein. Im Norden zeigt sich eine starke Depression. Für Donnerstag und Freitag ist zeitweise bedecktes, aber nur zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

*

CEB. Leonberg, 25. Okt. Die neue Autolinie Stuttgart-Soitube-Leonberg ist am Sonntag dem Verkehr übergeben worden. Samstag nachmittag fand die Eröffnung mit drei geschmückten Wagen statt. In Leonberg wurden die Fahrgäste von Stadtschultheiß Funk empfangen. Oberamtmann Kircher gab dem Wünsche Ausdruck, daß die Linie bald eine Fortsetzung nach Mühlacker und Pforzheim finden möge. Ferner sprach für das Ministerium des Innern und das Wirtschaftsministerium Ministerialrat Knapp und für die Stadtverwaltung Stuttgart Bürgermeister Dr. Sigloch.

CEB. Stuttgart, 25. Okt. Am Sonntag nachmittag kam in der Rosenbergrasse ein abwärts fahrender Straßenbahnzug der Linie 6 auf den nassen mit abgefallenem Laub bestreuten Schienen ins Gleiten und konnte nicht mehr zum Halten gebracht werden. Auf der Kreuzung der Seidenstraße fuhr der Straßenbahnzug auf einen Anhängewagen eines Straßenbahnzugs der Linie 4 auf, wobei dieser aus dem Gleise gehoben wurde. Durch den Zusammenstoß wurden drei Fahrgäste verletzt, die Straßenbahnwagen stark beschädigt.

CEB. Hohenheim, 25. Okt. Gestern abend 17 Uhr 11 Minuten 10 Sekunden begann der hiesige Seismograph den ersten Wellenzug eines starken Fernbebens aufzuzeichnen. Die Wellenwellen hielten die Instrumente über vier Stunden lang in Bewegung. Um 17 Uhr 42 Minuten erfolgten die größten Ausschläge der Schreibnadel. Die errechnete Herdentfernung beträgt 7800 Km. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Bebenherd im oder am Alaska-Golf.

CEB. Reinsfelden, 25. Okt. Montag, den 17. ds. Mts. abends geschah am Bahnübergang in Reinsfelden an der Bahnhofstraße ein Eisenbahnunfall. Der ledige, 58 Jahre alte Ludwig Straile von Echterdingen lief gegen den Bahnübergang und wurde vom ersten Wagen des Rangier-

zuges erfasst und aufs Gleis geworfen, wobei ihm beide Füße zerquetscht wurden. Er wurde ins Marienhospital übergeführt, wo ihm beide Beine abgenommen wurden. Straile ist schwerhörig und hat wohl den herannahenden Zug nicht gehört.

CEB. Kiltberg, 25. Okt. Am Sonntag, morgens kurz nach 4 Uhr, wurde hier ein ziemlich starker Erdstoß verspürt. Einzelne ängstliche Gemüter sprangen aus den Betten, als die Wände der Häuser zitterten. Viele glaubten, es könnte wieder kommen wie 1911, wo verschobene Kamine einstürzten und etliche Dächer beschädigt wurden.

CEB. Reutlingen, 25. Okt. Trotz der Diskontierung der Reichsbank hat am Samstag die Verwaltungskommission der Oberamtsparkasse hier beschlossen, die Zinssteigerung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse nicht mitzumachen, sondern die bisherigen Zinsätze sowohl im Soll wie im Haben bis auf weiteres beizubehalten.

CEB. Dietersweiler, 25. Okt. Bei der Schultheißenwahl am Samstag entfielen auf Gemeindepfleger Hermann Reutler in Rörtal 280, Sparfassengegenrechner Karl Weikert in Altensteig 128 und Verwaltungspräsident Wilhelm Bischoff in Freudenstadt 82 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

CEB. Schramberg, 25. Okt. Bei einem Großfeuer der Kienle-Wrenfabriken A.-G. hatte nach dem Bericht des Feuerwehrrückkommandos die in der Karlschule eingerichtete Sanitätsstation 26 Verletzungen zu verarzten, darunter 6 schwere Fälle.

CEB. Oberndorf a. N., 25. Okt. Im Gemeinderat machte Stadtschultheiß Bayer Ausführungen zu den Kostrennungsbestrebungen der Stadt Schramberg vom Oberamtsbezirk Oberndorf und teilte mit, daß eine Gegenerklärung gegen die Aufteilungspläne Schrambergs ausgearbeitet wird. Der Gde.-Rat nahm von den Ausführungen des Oberbürgermeisters Ritter Kenntnis und beauftragt Stadtschultheiß Bayer zu Gegenmaßnahmen. Von einigen Diskussionsrednern wurde es als bedauerlich bezeichnet, daß in der gegenwärtigen schweren Zeit ein solcher Zankapfel in die ganze Südwestecke des württembergischen Landes geworfen wird.

CEB. Gmünd, 25. Okt. Der schon für den Monat Juli d. J. angekündigt gewesene Besuch des Staatspräsidenten Dr. Bazille ist nun für Anfang November in Aussicht genommen. Der Besuch gilt der Gmünder Industrie, von der die Einladung ausgegangen ist.

CEB. Vom Bodensee, 25. Okt. Zwischen Rheineck und Bauriet wurde von unbekannter Hand ein Straßenschachtdeckel auf das Bahngleis gelegt und beschwert. Offenbar war geplant, den Nachtschnellzug Zürich-München zur Entgleisung zu bringen. Zum Glück wurde die verbrecherische Tat noch rechtzeitig verhindert.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

holl. 100 Gulden.	168,76
100 franz. Franken	16,46
100 schweiz. Franken	80,83

Börsenbericht.

CEB. Stuttgart, 25. Okt. Die Börse lag heute wiederum schwach bei nachgebenden Kursen.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 47 Ochsen (unverkauft 6), 27 Bullen, 350 (50) Jungbullen, 354 (54) Jungrinder, 183 (20) Kühe, 939 (20) Kälber, 2193 (300) Schweine, 2 Schafe, 3 Ziegen. Erlös aus je einem Zentner Lebendgewicht: Ochsen a 58—63 (letzter Markt —), b 49—56 (—), c 35—43 (—), Bullen a 52 bis 55 (53—55), b 50—51 (unv.), Jungrinder a 59—63 (60 bis 64), b 50—57 (51—59), Kühe a 41—51 (—), b 32—40 (unv.), c 20—30 (unv.), d 15—19 (unv.), Kälber b 82—86 (84—85), c 72—80 (74—82), d 60—68 (66—73), Schweine a fette über 300 Pfd. 74 (75—76), b vollfleischige Schweine von 240—300 Pfd. 73—74 (74—75), 200—240 Pfd. 71—73 (74—75), d 160 bis 200 Pfd. 68—70 (71—73), e fleischige Schweine von 120—160 Pfd. 63—67 (67—69), Sauen 52—62 (57—65) M. Marktverlauf langsam, Ueberstand.

Vom Krautmarkt.

Das Kraut ist heuer in den Waldorten außerordentlich gut geraten und deshalb auch groß geworden. Von Sonnenhardt, Zavelstein, Röttenbach, Spehhardt, Weltenchwann und Altburg wird viel Kraut in die Stadt gebracht. Der Absatz ist aber nicht befriedigend. Für den Zentner werden 3 M. und darunter gefordert. Trotz dieses billigen Preises, bei dem sich die Arbeit und die Unkosten kaum lohnen, geht der Verkauf nur langsam vonstatten und die Produzenten haben Mühe, das Kraut los zu werden. Wenn an Grünfütter Mangel wäre, würde jedenfalls viel Kraut verfüttert werden. Das bekannte Silberkraut ist schon zum Preis von 2.20 M. zu haben.

Verkauf städtischer Gebäude in Neuenbürg.

Zu dem von der Stadtgemeinde Neuenbürg vorgenommenen Verkauf des sog. städt. Neubau 2 auf der großen Wiese (Poststraße) hatten sich nur wenige ernsthafte Liebhaber eingefunden. Nach Bekanntgabe der Verkaufsbedingungen wurde zunächst der der Entz zu gelegene Hausstell Gebäude Nr. 474 1 Nr 27 Quadratmeter Gemüsegarten beim Haus ausbezogen und nach einem Angebot von 15 000 M. nach kurzer Steigerung durch nur zwei Liebhaber Stadtpfleger Essich um die Summe von 16 000 M. zugeschlagen. Für den anderen Gebäudeteil Nr. 473 1 Nr 64 Quadratmeter Wohnhaus und Hofraum und 45 Quadratmeter Gemüsegarten beim Haus fand sich nur ein Liebhaber mit einem Angebot von 15 000 M., um welche Summe es Verwaltungsaktuar Kienle zugeschlagen wurde.

Patentierung von Privatzüchtengütern für 1928.

Auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft, betr. die Patentierung von Privatzüchtengütern für 1928, vom 18. Oktober 1927 im Staatsanzeiger für Württemberg vom 22. Oktober ds. Js. Nr. 247 werden die beteiligten Kreise hingewiesen. Der Staatsanzeiger liegt zur allgemeinen Einsichtnahme bei den (Stadt-) Schultheißenämtern auf.

Calw, den 24. Oktober 1927.

Oberamt: Amtmann Nagel.

Landw. Bezirksverein Calw.

Mit Rücksicht auf die ungünstige Herbstwitterung und die verspätete Saatzeit werden die

Landwirtschaftsschulen erst am 7. November eröffnet.

Anmeldungen zum Schulbesuch werden vom Schulvorstand, Dekonomierat Böhler bis 28. Oktober entgegengenommen. Auf die Notwendigkeit des Besuchs der Landw. Schulen durch die Landwirtsöhne wird wiederholt dringend hingewiesen.

Der Vorstand: J. B. Dekonomierat Böhler.

Die Wanderarbeitsstätte

liefert auf die Bühne schön gespaltenes,

trockenes Brennholz

zu 2,50 Mk. für 1 Zentner und

Anzündholz in Bündeln

zu 30 Pfg. für 1 Bund

Bestellungen nimmt entgegen

Oberamtspflege Fernsprecher 160.

Calw, den 25. Oktober 1927.

Todes-Anzeige

Nach langem Leiden ist heute morgen anher lieber Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Johannes Geigle

Schuhmacher

sanft in dem Herrn entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Emma Geigle mit Bräutigam.

Beererdigung Donnerstag 2 Uhr vom Bezirkskrankenhaus aus.

Calw, den 26. Oktober 1927.

Dankagung

Für alle Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter

Marie Merz

erfahren durften, sprechen wir den herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.



Trauer- Drucksachen

liefert rasch und sauber die
Druckerei ds. Bl.

**Felzwaren
Felzbesätze**
Großes Lager aller
gangbaren
Felzarten



**Damenhüte
und -Mützen**
in großer Auswahl
Umarbeiten von
Hüten u. Felzen

Emilie Dollinger

vormals Carl Kleinbub - Obere Marktstraße 17

Geschäfts-Eröffnung und -Empfehlung

In dem seither Schäfer'schen Laden habe ich einen



Schuh-Laden eröffnet
mit Alleinverkauf d. Qualitätsmarke
„Fritz-Schuh“

allerbeste Rahmware

in Gruppenpreisen zu

8⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁰⁰

20⁰⁰ 22⁰⁰ und 24⁰⁰ Mark

Ferner empfehle ich für Herbst und Winter

**starke Chromreindartikel für Erwachsene u. Kinder
sowie prima Arbeitsschuhwerk**

Winterschuhwaren in Filz und Kamelhaar

in großer Auswahl zu günstigen Preisen.

Makarbeiten unter Garantie für gute Passform.

Reparaturen werden rasch, gut und pünktlich ausgeführt.

Carl Schaub, Schuhmachermeister, Obere Marktstr. 32

**Serva-
Kaffee**



best. Mischungen
stets
frisch gebrannt

C. Serva, Calw

Fernsprecher Nr. 120

**Einsehen neuer I. Qual.
Summiwägen
in Webmaschinen
unter Garantie
Fr. Herzog u. „Nögle“.**

Krankheitshalber ist
in Pforzheim
eine gutbeschäftigte

Strickerei

mit großem Privatkunden-
kreis per

sofort zu verkaufen.

Wohnung kann evtl. be-
sorgt werden.

Erforderlich 3000.-M.

Angebote unt. Nr. P. 249
an die Gesch.-St. ds. Bl.
erbeten.

Lüchtiges und durchaus
ehrliches

Mädchen

mit gut. Empfehlungen wird
auf 1. Nov. in kleinen, guten
Haushalt

gesucht.

Frau Wilhelm Maier
Pforzheim,
Salierstraße 20.

Lüchtiger Heimarbeiter

auf Platinin-Bisouterte
(Ringe, Brochettes etc.) für
dauernde Beschäftigung

gesucht.

Bedingung: Pünktlich und
zuverlässig. Ausführliche
Angebote erbeten unter
Sch. P. 250 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Puppen

aller Art repariert

J. Obermatt
Friseurgeschäft
b. Adler, Telefon 240

Hirsau.

Im Auftrage verkaufe ich
den rechts vom Café Adam
am Hirsauer Weg gelegen
Bauplatz mit tragbar.
Obstbäumen im Neßgehalt
von 32 a und bitte Lieb-
haber, sich mit mir in Ver-
bindung zu setzen.

Reichert an der
Brück

Hairpangen

repariert
J. Obermatt, Friseur
b. Adler, Telefon 240.

Neue u. gebrauchte



Fässer

rund und oval empfiehlt
Friedrich Schab
Küfferei.

Lerne Deine Kinder zum Selbststricken an



Was die Kinder in der Jugend lernen,
kommt ihnen später zugute. Die Kunst, aus
Eoslinger Wolle Fädelchen, Strümpfe, Decken
und Kissen selbst herzustellen, macht viel
Freude und erspart der Haushaltkasse
manche Ausgabe.

Bringen Sie deshalb Ihren Kleinen schon
frühzeitig die Anfangsgründe des Strickens
bei; durch diese nützliche und praktische
Tätigkeit beschäftigen Sie die Plagegeister
und halten sie gleichzeitig zu ernster
Arbeit an.

Kaufen Sie aber Eoslinger Wolle, damit
Ihre Kinder vom ersten Tag an wissen, was
gute Wolle ist.

Eoslinger Wolle

Die Ziehungslisten für die Warenlotterie der Jugendherbergen

sind vom 27. Oktober 1927 an erhältlich
in der Buchhandlung von

Paul Olpp, Marktplatz.

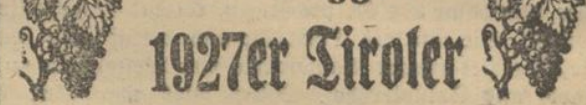
Die Gewinne kommen vom 1. November
an zur Verteilung und sind in der
Jugendherberge (gegenüber d. Georgenäum) gegen Vor-
zeigung der Lose abzuholen.

Geschäftsstelle der Jugendherberge Calw.

Empfehlung.

In den nächsten Tagen trifft

ein **Waggon**



Rotwein

(aus der Winzergenossenschaft Eppan)
für mich ein.

Bestellungen nimmt entgegen
Josef Bauz, Weinhandlung, Calw
Fernsprecher 4.

Puppenwagen

in modernsten Formen u. Farben sind eingetroffen.

Bei Bedarf bitte jetzt schon um Ihren Besuch.

Otto Weiser, Kronengasse.

Elektrische Anlagen Ernst Schneider

Metzgergasse

Licht-, Kraft- und Schwachstrom-
Anlagen jeden Umfangs
Beleuchtungskörper usw.

Zugelassen beim Städt. Elektrizitätswerk Calw

Wenig Worte gute Taten

mein Grundprinzip zur An-
fertigung Ihrer Herbst- und
Wintergarderobe f. Damen
und Herren.

**Schneidermeister
Moritz Schmelzle**
Marktplatz 4.

Gesucht werden von pünkt.
Zinszahler sofort

5-10000 Mk.

gegen gute Sicherheit.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Guterhaltenes

Herrenrad

zu verkaufen.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Junger Mann sucht auf
sofort

einfach möbliertes
Zimmer

Offerten unter S. H. 250
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Buzmühle

doppelseitig, bereits neu, ver-
kauft **Jakob Säger**
Geddingen.

1 gebrauchter

Sofa

und 1 zweiflamiger

Gasherd

werden verkauft.
Haggasse 102.

Liebelsberg,
den 25. Okt. 1927.

Die geg. Herrn Haupt-
lehrer Kümmerle, hier
gebrauchten Beamtenbe-
leidigungen nehme ich mit
dem Ausdruck des Be-
dauerns zurück u. leiste
hiemit Abbitte.

Katharina Rothfuß.

Brautkränze Brauttschleier

Luise Schaufelberger
Untere Marktstr. 84.

Plannkuch

Eingetroffen:

**Frische
Cablian**

42

Pfd. 42 Pfg.

Im Ausschnitt

Pfd. 45 Pfg.

**Fett-
Büdlinge**

50

Pfd. 50 Pfg.

Plannkuch